

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **26.03.2014**, 17:15 Uhr - 19:22 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Gilbert Aldejohann, Richard-Michael Halberstadt, Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Christian Moll, Robert Otte, Dieter von den Berg, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion

Beanka Ganser, Elke Haves, Thomas Kollmann, Falko Rickes, Petra Seyfferth,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Petra Dieckmann, Otto Reiners, Jörg Rostek, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Dietmar Uhlenbrock,

auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Wagstaff,

Sachkundige Einwohner/innen

Hedwig Chudziak, Yildirim Eroglu, Gabriele Markerth,

von der Verwaltung

Stadtrat Thomas Paal, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Annette Fahl, Felix Graf von Plettenberg, Ulrich Klitz, Gabriele Regenitter, Aud Riegel, Dr. Anna Ringbeck, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff,

für die Schriftführung

Frank Treutler,

Es fehlte/n:

Birgit Edler, Dr. Brigitte Hasenjürgen, Otmar Knüvener, Benjamin Körner, Doris Lammert, Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Gregor Ridder, Martin Schofer, Barbara Stober, Elisabeth Wibben (alle waren abgemeldet),

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner.

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|--------------------------|--|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. Eingänge |
| | 3.2. Mitteilungen |
| | 4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0239/2014</u>
V | 5. Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen 2014 - 2017 |
| <u>V/0182/2014</u>
V | 6. Zweiter Erfahrungsbericht zum städtischen Belegungsmanagement |
| <u>V/0039/2014</u>
II | 7. Sozialgerechte Bodennutzung in Münster |
| <u>V/0090/2014</u>
IV | 8. Schulische Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Regelschulen |
| <u>V/0122/2014</u>
IV | 9. Anpassung der Richtlinien über Verfügungen aus dem Sonderfonds " Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder zum Schutz des ungeborenen Lebens" |
| <u>V/0093/2014</u>
V | 10. Jahresbericht der Arbeit der Ombudsstelle |
| | 11. Vorlagen und Berichte des Jobcenters |
| <u>V/0139/2014</u>
V | 11.1. Jahresbericht zum Kundenreaktionsmanagement 2013 / Ergebnisse der Kundenbefragung (zweite Messwelle) |
| <u>V/0136/2014</u>
V | 11.2. Basisinformationen Jobcenter |

<u>V/0140/2014</u> V	11.3.	Zielvereinbarung 2014 mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW
<u>V/0096/2014</u> V	11.4.	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Münster 2014
<u>V/0062/2014</u> V	11.5.	Organisation der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen bei der Stadt Münster
<u>V/0980/2013</u> V	12.	Steuerung von Leistungen mit Bezug zu Aufgaben für Arbeitssuchende (SGB II)
<u>V/0270/2014</u> V	13.	Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen; hier: Zeitlich befristete Maßnahmen zum Bau von Flüchtlingseinrichtungen in Containerbauweise und zur Einrichtung einer städtischen Erstaufnahmeeinrichtung
<u>V/0228/2014</u> V	14.	Ausschreibung und Vergabe der Betriebsträgerschaft für die neue Flüchtlingseinrichtung in Roxel, Zum Schultenhof
<u>V/0241/2014</u> V	15.	Sozialmonitoring: Konkretisierung und weiteres Verfahren
<u>V/0159/2014</u> V	16.	Entsperrung von Haushaltsmitteln für die Betreuungsvereine Münster
<u>V/0240/2014</u> V	17.	Münster-Pass: Inanspruchnahme der Angebote
	18.	Verschiedenes

Herr Aldejohann eröffnete um 17:15 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Mitglieder, die zu verpflichten gewesen wären, waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Für die SPD-Fraktion regte Frau Ganser an, die Beratung der unter TOP 17 vorgesehenen Vorlage vorzuziehen. Die Mitglieder hatten keine Einwände. Daraufhin wurde die Tagesordnung einvernehmlich wie folgt festgesetzt:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- | | |
|--------------------------|---|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. Eingänge |
| | 3.2. Mitteilungen |
| | 4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0240/2014</u>
V | 5. Münster-Pass: Inanspruchnahme der Angebote |
| <u>V/0239/2014</u>
V | 6. Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen 2014 - 2017 |
| <u>V/0182/2014</u>
V | 7. Zweiter Erfahrungsbericht zum städtischen Belegungsmanagement |
| <u>V/0039/2014</u>
II | 8. Sozialgerechte Bodennutzung in Münster |
| <u>V/0090/2014</u>
IV | 9. Schulische Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Regelschulen |
| <u>V/0122/2014</u>
IV | 10. Anpassung der Richtlinien über Verfügungen aus dem Sonderfonds " Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder zum Schutz des ungeborenen Lebens" |
| <u>V/0093/2014</u>
V | 11. Jahresbericht der Arbeit der Ombudsstelle |
| | 12. Vorlagen und Berichte des Jobcenters |
| <u>V/0139/2014</u>
V | 12.1 Jahresbericht zum Kundenreaktionsmanagement 2013 / Ergebnisse der Kundenbefragung (zweite Messwelle) |
| <u>V/0136/2014</u>
V | 12.2 Basisinformationen Jobcenter |
| <u>V/0140/2014</u>
V | 12.3 Zielvereinbarung 2014 mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW |
| <u>V/0096/2014</u>
V | 12.4 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Münster 2014 |
| <u>V/0062/2014</u>
V | 12.5 Organisation der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen bei der Stadt Münster |

<u>V/0980/2013</u> V	13.	Steuerung von Leistungen mit Bezug zu Aufgaben für Arbeitssuchende (SGB II)
<u>V/0270/2014</u> V	14.	Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen; hier: Zeitlich befristete Maßnahmen zum Bau von Flüchtlingseinrichtungen in Containerbauweise und zur Einrichtung einer städtischen Erstaufnahmeeinrichtung
<u>V/0228/2014</u> V	15.	Ausschreibung und Vergabe der Betriebsträgerschaft für die neue Flüchtlingseinrichtung in Roxel, Zum Schultenhof
<u>V/0241/2014</u> V	16.	Sozialmonitoring: Konkretisierung und weiteres Verfahren
<u>V/0159/2014</u> V	17.	Entsperrung von Haushaltsmitteln für die Betreuungsvereine Münster
	18.	Verschiedenes

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

- 3.2.1** Herr Stadtrat Paal verwies auf die Informationen über Leistungen für Bildung und Teilhabe, auf die aktuelle Übersicht über Mittelabflüsse aus dem Programmbudget Münster-Pass sowie auf die beiden Tabellen „Förderung der Wohlfahrtspflege“. Die Unterlagen hatten die Mitglieder zur Sitzung erhalten.
- 3.2.2** Frau Arnkens-Homann erinnerte an die ergänzende Anregung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 22.01.2014 im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zur Vorlage V/0956/2013 (Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen), an Traumata leidende Flüchtlinge betreffend. Sie berichtete, dass die gesundheitliche und psychosoziale Versorgung der Flüchtlinge durch das Sozialamt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten (Abteilung Kinder- und Jugendgesundheit und Abteilung Psychische Gesundheit) sichergestellt werde. Ziel sei es, die Menschen so schnell wie möglich an das gesundheitliche Regelsystem anzubinden. Grundsätzlich gebe es die Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, mit dem Universitätsklinikum Münster (Traumaambulanz - Czerny-Station der Kinderklinik) zu kooperieren, und im Erwachsenenbereich sei eine Vernetzung mit der LWL-Klinik möglich. Fachlich bestehe Einverständnis darüber, dass eine „Traumaverarbeitung/-therapie“ nicht mit einem Dolmetscher erfolgen kann, andererseits fehle es an Therapeutinnen und Therapeuten mit den jewei-

ligen Landessprachen der Flüchtlinge. Nach den Erkenntnissen des Sozialamts (Fachdienst für Flüchtlinge) gebe es zurzeit aber keine insoweit nicht versorgten Personen, die auf eine solche Hilfe angewiesen sind. Der Fachdienst für Flüchtlinge und das Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten werden an fachlichen Überlegungen zur Versorgung traumatisierter Flüchtlinge in Münster weiter arbeiten.

- 3.2.3** Bezug nehmend auf die aktuelle Statistik des Landesentrums Gesundheit NRW mit den kommunalen Daten zur Unterbringungspraxis nach dem Psychisch-Kranken-Gesetz (PsychKG NRW) teilte Herr Dr. Schulze Kalthoff mit, dass die Zahl der Zwangsunterbringungen in Münster von 640 in 2010 auf 479 in 2012 zurückgegangen sei. Zugleich habe sich die Rate bezogen auf 1.000 Einw. in Münster von 2,3 auf 1,6 verringert, während sie in Bonn im gleichen Zeitraum von 2,6 auf 3,1 und in Aachen von 1,8 auf 2,3 gestiegen sei. Nach wie vor etwa $\frac{3}{4}$ aller Unterbringungen seien in Münster durch Ärztinnen bzw. Ärzte einer psychiatrischen Krankenhausabteilung veranlasst. Der Anteil der Unterbringungen durch Interventionen des Sozialpsychiatrischen Dienstes der Stadt liege bei ca. 5 %. Von den Eingewiesenen seien ca. 55 % Männer, der Anteil der Personen unter 60 Jahren liege bei ca. 70 %. Zum Vergleich ergänzte Herr Dr. Schulze Kalthoff, dass nach dem Betreuungsrecht in Münster 2012 insgesamt 217 Einweisungen (2010: 159 Einweisungen) erfolgt seien, bei ca. 4.500 rechtlich betreuten Personen. Über die Gründe für die diese Entwicklung in Münster lasse sich allerdings nur spekulieren. Ob eine erhöhte Sorgfalt bei der Prüfung von Alternativen zur sofortigen (Zwangs-)Unterbringung nach dem PsychKG, der Zuwachs an Betreuungsplätzen im Ambulant Betreuten Wohnen, die konsequentere Ausschöpfung der Möglichkeiten des Betreuungsrechtes oder die Akzeptanz von psychiatrischen Behandlungsmaßnahmen gestiegen sei, sei vorerst nicht sicher. Als mögliche weitere Teilursache werde von den Beteiligten auch ein kritischerer Umgang der zuständigen Gerichte und Kliniken mit diesem Thema genannt. Weitergehende Daten, die die Hintergründe einer solchen Entwicklung beleuchten könnten, lägen nicht vor und müssten ggf. wissenschaftlich aufgearbeitet werden.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Aldejohann verwies auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 25.02.2014 „Münster für Alle - Neustart des Programms Soziale Stadt für Münster nutzen; der Antragstext lag den Mitgliedern vor. Frau Arnkens-Homann schlug vor, den Antrag als eingebracht gelten zu lassen, und stellte in Aussicht, den für Soziales zuständigen Ausschuss im Herbst 2014 über die bis dahin verfügbaren Informationen über den künftigen Programmschnitt des Bund-Länder-Programms zu unterrichten, soweit möglich, mit münsterspezifischen Hinweisen. Für die SPD-Fraktion erklärte Herr Kollmann Einverständnis. Gegen den Vorschlag wurden Einwände nicht erhoben.

Herr Stadtrat Paal beantwortete Frau Gansers Nachfragen nach den weiteren Perspektiven, die Unterbringung alleinstehender wohnungsloser Männer im Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 1 betreffend, nach dem Baubeginn am Schwarzen Kamp und dem Austausch der Stadt mit dem Verein Münster-Tafel e. V.; Frau Dr. Dieckmann bat die Verwaltung um schnellstmögliche Wiederbesetzung der Stelle „Pflegeplanung/Altenhilfe“ im Sozialamt. Bezug nehmend auf die Beratung der Vorlage V/0197/2014 (Bericht über die Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung und diesen Gleichgestellten bei der Stadt Münster) in der KIB am 11.03.2014 regte sie ferner an, die Kostenschätzung i. S. „Außenarbeitsplätze“ deutlich früher als unter Ziffer 6 der Vorlage in Aussicht gestellt vorzulegen, um möglichst noch in diesem Jahr Arbeitsplätze einrichten zu können.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0240/2014**

Münster-Pass: Inanspruchnahme der Angebote

Im Verlauf der Aussprache beantwortete Herr Stadtrat Paal Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0239/2014**

Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen 2014 - 2017

Frau Regenitter erläuterte die Vorlage.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den Bericht über die Wohnraumförderung 2013 zur Kenntnis.
2. Das der Stadt Münster vom Land NRW bis zum Jahr 2017 in Aussicht gestellte jährliche Globalbudget von 25 Mio. € wird entsprechend den vom Rat beschlossenen Zielsetzungen zum Kommunalen Handlungskonzept Wohnen (Vorlage V/0593/2013) zur Förderung von Maßnahmen im Wohnungsneubau sowie im Bestand wie folgt eingesetzt:
 - a. Öffentlich geförderter Mietwohnungsneubau, Wohnheimplätze: 22 Mio. €
 - b. Wohneigentum, investive Maßnahmen im Bestand: 3 Mio. €
3. Die städtischen Richtlinien für die Förderung des Neubaus und des Erwerbs von selbst genutztem Eigentum vom 06.04.2011 werden aufgehoben.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0182/2014**

Zweiter Erfahrungsbericht zum städtischen Belegungsmanagement

Die Mitglieder, die sich im Verlauf der Aussprache zu Wort meldeten, lobten die erfolgreiche Aufgabenwahrnehmung. Soweit sich zusätzliche Personalbedarfe abzeichnen, regte Frau Dr. Dieckmann eine rechtzeitige Information der Verwaltung vor den Haushaltsplanberatungen 2015 an.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0039/2014**

Sozialgerechte Bodennutzung in Münster

Frau Regenitter fasste die Inhalte der Vorlage zusammen. Für die FDP-Fraktion beantragte Herr Uhlenbrock, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben. Gegen den Vorschlag gab es keine Einwände.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss einstimmig:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0090/2014**

**Schulische Integration von zugewanderten Kindern
und Jugendlichen in Regelschulen**

Den Mitgliedern lag der Wortlaut der Beschlüsse des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 11.03.2014, des Integrationsrats vom 12.03.2014 sowie des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien vom 19.03.2014 (Beratungsverlauf vom 25.03.2014) vor.

Frau Riegel erläuterte Sachzusammenhang, Inhalt und Ziele der Vorlage.

Daraufhin schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, des Integrationsrats sowie des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt die Eckpunkte des zukünftigen Handlungskonzeptes zur schulischen Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Regelschulen zur Kenntnis (vgl. Ziffer 4 „Neukonzeption der Beschulung“).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Bezirksregierung und ggf. dem Ministerium für Schule und Weiterbildung, dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport zur Entwicklung des Handlungskonzeptes zur Beschulung von zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Regelschulen zu führen. Dabei werden die notwendigen Ressourcen ermittelt.
3. Angesichts aktuell steigender Zuwanderungszahlen und in Erwartung einer steigenden Aufnahme von Kindern von Flüchtlingen wird die Verwaltung zeitnah und in enger Abstimmung zwischen dem Amt für Schule und Weiterbildung, dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, dem Sozialamt, dem Gesundheitsamt und dem Kommunalen Integrationszentrum ein „Basispaket Seiteneinsteiger“ zur sofortigen Unterstützung der aufnehmenden Schulen entwickeln. Bestandteile des Basispakets sind:
 - Mobile Sprach- und Kulturmittler zur Unterstützung des pädagogischen Fachpersonals bei der Kommunikation mit neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen und deren Eltern/Erziehungsberechtigten (Schwerpunkt Kindertageseinrichtungen/Grundschulen),
 - Qualifizierung des nicht-lehrenden pädagogischen Personals (Schwerpunkt OGS-Bereich), Vor-Ort-Unterstützung bei der Gestaltung der Förderstunden (Schwerpunkt Grundschulen),
 - Anpassung der Anzahl additiver (Sprach)Bildungsprogramme und Förderangebote zur Unterstützung einer durchgängigen Sprachbildung.
4. **Die Schulverwaltung richtet für das Jahr 2014 einen Arbeitskreis „Neukonzeption der Beschulung von zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Münster“ ein. Besetzt wird dieser AK mit Vertreterinnen und Vertretern**
 - der Verwaltung (Amt für Schule und Weiterbildung, Amt für Kinder Jugendliche und Familien, Kommunales Integrationszentrum, Sozialamt)
 - der Schulformen
 - der unteren und oberen Schulaufsicht

- der VHS
- der Ratsfraktionen
- des Integrationsrates

Beratend können WissenschaftlerInnen aus Uni und FH sowie VertreterInnen der freien Träger zu bestimmten Sachgebieten hinzugezogen werden.

Finanzielle Auswirkungen

Die Finanzierung des „Basispaket Seiteneinsteiger“ ist bis zum 31.12.2014 kostenneutral aus dem Budget des Amtes für Schule und Weiterbildung (PG 0301 „Leistungen für Schulen“) gewährleistet. Es ist mit einem Betrag in Höhe von ca. 130.000,00 € zu rechnen.

Zur Fortführung ab 2015 werden die Kosten detailliert ermittelt, um über die Bereitstellung der Mittel im Rahmen der Etatberatungen 2015 ff zu befinden (siehe Beschlusspunkt 2).

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0122/2014**

Anpassung der Richtlinien über Verfügungen aus dem Sonderfonds " Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder zum Schutz des ungeborenen Lebens"

Ohne Aussprache schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Die Richtlinien „Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder zum Schutz des ungeborenen Lebens“ werden im Leistungsumfang bedarfsgerecht angepasst und treten in dieser Form ab 01.04.2014 in Kraft. (siehe Anlage 2 [der Vorlage])

II. Finanzielle Auswirkungen:

Mehrkosten entstehen nicht. Die Anpassung der Richtlinien erfolgt im Rahmen des verfügbaren Haushaltsansatzes in Höhe von 255.650,00 €/pro Jahr. (siehe Anlage 1 [der Vorlage]).

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0093/2014**

Jahresbericht der Arbeit der Ombudsstelle

Herr Aldejohann begrüßte die anwesenden Mitglieder der Ombudsstelle. Gegen den Vorschlag, ihnen zu diesem TOP Rederecht einzuräumen, gab es keine Einwände.

Herr Dr. Mair erläuterte die Berichtsinhalte und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Herr Reiners beantragte für die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen/GAL:

„Der ASGAf beschließt:

1. Die Verwaltung möge die Verbesserungsvorschläge der Ombudsstelle prüfen und Umsetzungsvorschläge erarbeiten bzw. darlegen, warum diese nicht aufgegriffen werden können.
2. Die Verwaltung soll der Ombudsstelle einen verbindlichen Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin mit Entscheidungskompetenz zu den Anliegen der Ombudsstelle benennen.

3. Die Verwaltung wird aufgefordert zu beschreiben, wie die Ombudsstelle inhaltlich arbeiten soll. Hierbei ist abzugrenzen, welche Aufgaben von den Jobcoaches und anderen Beratungsstellen in der Stadt Münster wahrgenommen werden.
4. Die Verwaltung soll prüfen, wie ein Qualitätszirkel eingerichtet werden kann, womit die Schnittstelle zwischen dem Jobcenter und der Ombudsstelle sowie den Kunden des Jobcenters einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess unterworfen wird.
5. Die Verwaltung soll prüfen, welche organisatorischen und strukturellen Verbesserungen möglich sind.
6. In das Fortbildungsangebot der Beschäftigten des Jobcenters sollen Seminare zur Interkulturellen Kompetenz und Lösungsorientierte Beratung aufgenommen werden.
7. Für besonders schwerwiegende Beschwerden (Härtefälle) soll ein besonderes Prozedere in der Zusammenarbeit zwischen den Ombudsleuten und dem Jobcenter entwickelt werden.
8. Für die Beratung von Menschen mit Migrationsvorgeschichte sollen Handlungsbedarfe identifiziert und Optimierungsvorschläge erarbeitet werden.“

Frau Seyfferth schloss sich dem Antrag namens der SPD-Fraktion an.

Herr Stadtrat Paal verwies auf erste zwischen Verwaltung und Ombudsstelle in jüngster Zeit bereits getroffene Verabredungen zur Präzisierung der Kommunikationsbeziehungen. Er machte ferner auf das Problem aufmerksam, im Zusammenhang mit der Verbesserung der Bedingungen für die Aufgabenwahrnehmung der Ombudsstelle, z. B. durch Benennung einer Person nach Maßgabe der Anforderungen unter Nr. 2 des Antrags, nicht dessen Unabhängigkeit zur Disposition zu stellen. Das Problem zu lösen sei verhältnismäßig anspruchsvoll. Vor diesem Hintergrund stellte er in Aussicht, dem künftigen für Arbeitsförderung zuständigen Ausschuss im Herbst 2014 eine Vorlage mit Empfehlungen zur Konkretisierung des gegenwärtigen Konzepts zu präsentieren; handlungsleitend seien dabei die Einzelpunkte des Antrags.

Frau Seyfferth und Herr Reiners stimmten dem vorgeschlagenen Verfahren zu und verzichteten auf die Abstimmung über den Antrag. Andere Mitglieder hatten ebenfalls keine Einwände.

Die Vorlage und den Bericht nahm der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Vorlagen und Berichte des Jobcenters

Punkt 12.1 der Tagesordnung V/0139/2014

Jahresbericht zum Kundenreaktionsmanagement 2013 / Ergebnisse der Kundenbefragung (zweite Messwelle)

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 12.2 der Tagesordnung V/0136/2014

Basisinformationen Jobcenter

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 12.3 der Tagesordnung
V/0140/2014**
Zielvereinbarung 2014 mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW

Mit Hinweis auf das in der Zielvereinbarung mit dem Ministerium festgelegte Ziel, mehr Transparenz im Zusammenhang mit den Leistungen, die nach § 16a SGB II gewährt werden (kommunale Eingliederungsleistungen), zu schaffen, bat Frau Seyfferth die Verwaltung, abseits der weiteren Beratung der Vorlage folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch ist das Kontingent, das für diese Leistungen zur Verfügung steht?
2. Übersteigen die Bedarfe in diesem Bereich die zur Verfügung stehenden Mittel?
3. Wie wird die Wirkung dieser Leistungen überprüft?
4. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen beteiligten Ämtern in diesem Zusammenhang strukturiert?

Nach Abschluss der Aussprache, in deren Zusammenhang Herr Bierstedt Nachfragen der Mitglieder beantwortete, schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt die vom Jobcenter mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) ausgehandelten Zielwerte für das Jahr 2014 im Rahmen des mit Vorlage V/0837/2014 genehmigten Zielkorridors zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Münster stimmt den weiteren, in die Zielvereinbarung aufgenommen Zielen
 - Verbesserung der Nachhaltigkeit von Integrationen
 - Steigerung der Aktivierung von Langzeitleistungsbeziehern
 - Schaffung von Transparenz zur Inanspruchnahme von Leistungen nach § 16a SGB II
 zu.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die Zielvereinbarung 2014 wird im Rahmen der eingeplanten Haushaltsmittel umgesetzt.

**Punkt 12.4 der Tagesordnung
V/0096/2014**
Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Münster 2014

Herr Bierstedt beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Frau Seyfferth beantragte für die SPD-Fraktion:

„Der ASGAf möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird um folgende Punkte ergänzt:

1. Die Verwaltung möge prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, Fragen nach Anerkennung von Berufsabschlüssen und Berufsbildungen, die im Ausland erworben wurden, schnell und effizient zu klären. Dabei soll auch geprüft werden, ob die Notwendigkeit besteht, hierfür im Jobcenter (oder auch in einem anderen Amt der Stadt Münster) eine Bera-

tungsstelle einzurichten. Die Beratung soll sich auch auf die Feststellung und Anerkennung informell erworbener Kompetenzen der Arbeitsuchenden erstrecken.

2. Die Verwaltung möge prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, im Jobcenter eine feste Anlaufstelle für Flüchtlinge einzurichten und diese bekannt zu machen.
3. Für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt soll ein Handlungskonzept erstellt werden.“

Herr Aldejohann schlug vor, den Antrag als Auftrag an die Verwaltung zu richten. Frau Seyfferth äußerte Einverständnis, so zu verfahren. Auf Herrn Aldejohanns Nachfrage gab es keine Einwände gegen seinen Vorschlag.

Daraufhin schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Zum Erreichen der vereinbarten Ziele und unter Beachtung der vom Rat beschlossenen Schwerpunktsetzung (Vorlage V/0837/2013) wird das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Münster für 2014 beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2014 wird im Rahmen der eingeplanten Haushaltsmittel umgesetzt. Im Fall einer Überschreitung dieses Rahmens will der Rat bis zu 100.000 Euro überplanmäßig bereitstellen (Beschluss vom 11.12.2013, V/0622/2013).

Punkt 12.5 der Tagesordnung V/0062/2014

Organisation der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen bei der Stadt Münster

Frau Dr. Ringbeck beantwortete Nachfragen der Mitglieder. Herr Reiners bat die Verwaltung, die mündlichen Hinweise bis zur Ratssitzung zu verschriftlichen, und beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Gegen den Vorschlag gab es keine Einwände. Damit beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

Punkt 13 der Tagesordnung V/0980/2013

Steuerung von Leistungen mit Bezug zu Aufgaben für Arbeitssuchende (SGB II)

Frau Seyfferth beantragte für die SPD-Fraktion:

„Der ASGAf möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag der Vorlage wird um folgende Punkte ergänzt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zu entwickeln, wie die Träger der freien Wohlfahrtspflege in den Planungsprozess eingebunden werden können.
2. Des weiteren soll ein Vorschlag entwickelt werden, wie die Kundinnen und Kunden des Jobcenters in den Planungsprozess eingebunden werden können.“

Frau Markerth verwies in dem Zusammenhang auf das Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zu diesem Gesichtspunkt, das den Mitgliedern vorlag.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners:

„Der ASGAf beschließt:

1. Dem vorgelegten Grobkonzept zur Steuerung von Leistungen mit Bezug zu Aufgaben für Arbeitsuchenden wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der durchgeführten Ist-Analyse (132 Einzelleistungen), die Einzelleistungen zielgruppenspezifisch den Aufgaben zuzuordnen.
3. Auf der Grundlage der zielgruppenspezifischen Zuordnung und unter Berücksichtigung der zielgruppenspezifischen Angebote der freien Träger wird das Grobkonzept dahingehend verfeinert, dass eine gesamtstädtische zielgruppenorientierte Steuerung ermöglicht wird.“

Herr Aldejohann empfahl, die Anliegen zu Ziffern 1 und 2 des Antrags der SPD-Fraktion sowie zu Ziffer 2 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL als Auftrag mit der unter Ziffer 3 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL gezeichneten Zielperspektive an die Verwaltung zu richten.

Frau Seyfferth und Herr Reiners erklärten sich mit dem Verfahren einverstanden. Gegen Herrn Aldejohanns Vorschlag gab es keine Einwände.

Daraufhin schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Dem vorgelegten Konzept der Steuerung von Leistungen mit Bezug zu Aufgaben für Arbeitsuchende (SGB II) wird zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Mit dieser Vorlage sind keine unmittelbaren Kosten verbunden.

Punkt 14 der Tagesordnung V/0270/2014

Aktuelle Unterbringungssituation und Perspektiven für die Wohnraumversorgung von Flüchtlingen; hier: Zeitlich befristete Maßnahmen zum Bau von Flüchtlingseinrichtungen in Containerbauweise und zur Einrichtung einer städtischen Erstaufnahmeeinrichtung

Den Mitgliedern lag der Beratungsverlauf vom 26.03.2014 mit den Beschlüssen der Bezirksvertretung Münster-Südost vom 18.03.2014, der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 25.03.2014, des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen vom 25.03.2014 sowie des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung vom 25.03.2014 vor.

Für die SPD-Fraktion beantragte Frau Ganser, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Gegen den Antrag gab es keine Einwände. Damit beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0228/2014**

Ausschreibung und Vergabe der Betriebsträgerschaft für die neue Flüchtlingseinrichtung in Roxel, Zum Schultenhof

Den Mitgliedern lagen vor:

- Beratungsverlauf vom 14.03.2014 mit den Beschlüssen des Integrationsrats vom 12.03.2014 und der Bezirksvertretung Münster-West vom 13.03.2014 vor. , der Bezirksvertretung Münster-Nord vom 25.03.2014, des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen vom 25.03.2014 sowie des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung vom 25.03.2014 sowie
- ergänzende Hinweise der Verwaltung zum Beschluss des Integrationsrats vom 12.03.2014

Herr Stadtrat Paal erläuterte die ergänzenden Hinweise.

Auf Herrn Aldejohanns Nachfrage verständigten sich die Mitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung präsenten Parteien (Ziffer 4 des Beschlussvorschlags der Vorlage) im Zusammenhang mit der Beratung der Vorlage im Hauptausschuss oder im Rat zu benennen.

Damit beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0241/2014**

Sozialmonitoring: Konkretisierung und weiteres Verfahren

Herr Treutler gab Hinweise zur Vorlage.

Nach kurzer Aussprache schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Sozialmonitoring nach Maßgabe der in der Begründung dargestellten Eckpunkte zu entwickeln und dem Rat im 1. Halbjahr 2015 einen Pilotbericht vorzulegen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Für die Projektierungsphase werden vorhandene Stellenanteile von jeweils bis zu 0,1 für ein Jahr in den Ämtern 50 und 61 einkalkuliert. Im Haushalt nicht veranschlagte Sachkosten fallen in der Projektierungsphase nicht an. Ggfs. unvermeidbare laufende Kosten im Rahmen der jährlichen Fortschreibung werden im Pilotbericht dargestellt.

**Punkt 17 der Tagesordnung
V/0159/2014**
Entsperrung von Haushaltsmitteln für die Betreuungsvereine Münster

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Beschlussvorschlag ohne Aussprache einstimmig an und beschloss:

I. Sachentscheidung:

Die zusätzlichen für die Sachverhaltsermittlung gem. § 8 Betreuungsbehördengesetz ab 2014 im Haushalt vorgesehenen Fördermittel an die Betreuungsvereine Münster werden freigegeben.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe	2014 ff.	168.660	darin enthalten 55.000 €: Freigabe durch gesonderten Beschluss (ASGAf)
Zeile	15	Transferaufwendungen			

Punkt 18 der Tagesordnung
Verschiedenes

Wortmeldungen lagen nicht vor.

Gilbert Aldejohann
Vorsitz

Frank Treutler
Schriftführung